

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

31.08.2022

Inhalt

EWN

1 Terroristen sollen Anschlag auf AKW Greifswald-Lubmin geplant haben <i>Ostsee-Zeitung.de, 30.08.2022</i>	3
2 Spekulationen über Anschlag auf Atomkraftwerk bei Greifswald <i>nordkurier.de, 30.08.2022</i>	4
3 Angst vor dem Anschlag <i>Bild, 31.08.2022</i>	5
4 Söder bittet in Lubmin um Gas <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 31.08.2022</i>	6
5 Schwesig und Söder inszenieren sich als Krisenmanager <i>nordkurier.de, 31.08.2022</i>	8
6 Atomkraftwerke könnten auch 2023 noch am Netz bleiben <i>Spiegel.de, 30.08.2022</i>	9

Terroristen sollen Anschlag auf AKW Greifswald-Lubmin geplant haben

Das stillgelegte Atomkraftwerk Lubmin bei Greifswald als Ziel eines Sprengstoff-Anschlags? Mit dieser Meldung sorgte die Bild am Dienstagabend für Aufsehen. Demnach soll nach einem Polizeieinsatz ein Verdächtiger noch mit Sprengstoff auf der Flucht sein. Was darüber bisher bekannt ist.

Greifswald/Hamburg. Kriminelle sollen einen Sprengstoffanschlag auf das stillgelegte Atomkraftwerk Lubmin bei Greifswald und das benachbarte Zwischenlager mit radioaktivem Abfall geplant haben. Das berichtete die Bild am Dienstagabend. Einer der Tatverdächtigen könnte weiter auf der Flucht sein und Sprengstoff bei sich haben, heißt es dort weiter.

Am 20. August hätten Spezialeinheiten der Polizei (SEK) demnach ein Waldgrundstück in Asendorf in Niedersachsen gestürmt und dort nach 200 Kilogramm Sprengstoff (C4) gesucht, aber nichts gefunden. Zur selben Zeit seien zwei Wohnungen in Hamburg durchsucht worden.

Staatsanwaltschaft bestätigt Durchsuchungen und Festnahme in Hamburg

Was ist dran an der Meldung? Eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft Hamburg bestätigte am Dienstag auf Anfrage die Wohnungsdurchsuchungen in Hamburg. Dabei seien unter anderem eine Maschinenpis-

toile und ein Schalldämpfer gefunden worden.

Ein 34 Jahre alter Mann sei festgenommen worden. Der Verdacht: Er habe gegen das Waffen- und das Kriegswaffenkontrollgesetz verstoßen. Der mutmaßliche Waffenhändler sitze bereits seit dem 21. August in Untersuchungshaft, heißt es von der Staatsanwaltschaft.

Anschlag auf AKW Lubmin-Greifswald? „Keine validen Anhaltspunkte“

Laut Bild stehe der Mann zudem in Verdacht, gegen das Sprengstoffgesetz verstoßen zu haben. Das bestätigte die Staatsanwaltschaft jedoch nicht. Auch den Infos im Medienbericht, wonach ein weiterer Verdächtiger womöglich mit den gesuchten 200 Kilogramm Sprengstoff auf der Flucht sei und dass die Tatverdächtigen einen Anschlag auf das stillgelegte Atomkraftwerk bei Greifswald geplant hätten, widersprach die Sprecherin. „Es gibt keine validen Anhaltspunkte für einen Anschlag auf was auch immer.“

Spekulationen über Anschlag auf Atomkraftwerk bei Greifswald

Die Staatsanwaltschaft äußert sich zu einem Bild-Bericht, wonach ein Sprengstoff-Anschlag auf das stillgelegte Atomkraftwerk in Lubmin geplant ist.

Hamburg. Ein 34-jähriger Mann ist wegen des Verdachts eines Verstoßes gegen das Waffen - und das Kriegswaffenkontrollgesetz verhaftet worden. Der mutmaßliche Waffenhändler sitze bereits seit dem 21. August in Untersuchungshaft, sagte eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft Hamburg am Dienstag auf Anfrage. Bei der Durchsuchung von zwei Wohnungen in Hamburg seien unter anderem eine Maschinenpistole

und ein Schalldämpfer gefunden worden.

Einen Bericht der „Bild“-Zeitung, wonach ein weiterer Verdächtiger mit 200 Kilogramm Sprengstoff auf der Flucht sei und ein Anschlag auf das stillgelegte Atomkraftwerk bei Greifswald geplant gewesen sei, bestätigte die Sprecherin nicht. „Es gibt keine validen Anhaltspunkte für einen Anschlag auf was auch immer.“



Bild | 31.08.2022 | S. 3

Auflage: 1.116.463 | Reichweite: 7.569.879

Noel Altendorf, Marco Zitzow

WAFFEN UND MUNITION SICHERGESTELLT +++ VERDÄCHTIGER SOLL MIT 200 KILO SPRENGSTOFF AUF DER FLUCHT SEIN +++ IST EIN ATOMLAGER DAS ZIEL?

Angst vor dem Anschlag

Hamburg - Das Szenario ist so furchterregend, dass man sich die Ausmaße gar nicht vorstellen mag. Nach BILD-Recherchen sollen Kriminelle einen Sprengstoff-Anschlag auf ein deutsches Atomlager geplant haben. Ein Verdächtiger soll mit dem Sprengstoff immer noch auf der Flucht sein!

Rückblick. Die Nacht zum 20. August: Mit dem Panzerfahrzeug "Survivor" stürmen Polizisten und Sprengstoffexperten ein Waldgrundstück in Asendorf (Niedersachsen). Zeitgleich durchsuchen Elite-Polizisten zwei Wohnungen in Hamburg. Dort finden sie eine Pistole und eine "Scorpion"-MP, mehr als 90 Schuss Munition und Schalldämpfer. Ein Mann wird festgenommen, kommt in U-Haft. Zunächst geht es noch um den Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz.

Doch Recherchen ergeben einen viel brisanteren Hintergrund

Bei dem spektakulären Einsatz im Wald hatten die Ermittler auch nach 200 Kilogramm C4-Sprengstoff gesucht - aber nichts gefunden! Der explosive Stoff könnte 2014 aus einem Militärdepot in Dänemark gestohlen und über die Grenze nach Deutschland geschmuggelt worden sein. Nach BILD-Informationen waren Ermittler aus Baden-Württemberg auf einen Armenier aufmerksam geworden und hatten die Behörden in Hamburg alarmiert.

Daraufhin übernahm die dortige Generalstaatsanwaltschaft den Fall. Laut Oberstaatsanwältin Liddy Oechtering ermittelt nun die Zentralstelle Staatsschutz gegen den 34-jährigen "wegen Straftaten nach dem Waffengesetz und dem Kriegswaffenkontrollgesetz".

Der Verdächtige soll mit den Waffen gehandelt haben

- die "Ermittlungen erstrecken sich auch auf mögliche Verstöße gegen das Sprengstoffgesetz". Laut der Oberstaatsanwältin gebe es aber gegenwärtig keine validen Anzeichen für ein "geplantes Sprengstoffattentat". Nach BILD-Informationen soll die Polizei jedoch prüfen, ob ein Komplize mit dem C4-Sprengstoff in einem Auto unterwegs ist!

Und: Die Behörden sollen einen Hinweis haben, dass mit dem C4 ein Anschlag auf das stillgelegte Atomkraftwerk Greifswald geplant war. Daneben liegt ein Zwischenlager mit radioaktivem Abfall!

- C4 ist die Kurzform für den englischen Begriff "Composite Compound 4" (deutsch: Verbundwerkstoff 4).
- C4 ist ein hochexplosiver, formbarer Plastiksprengstoff, dessen Beschaffenheit an Knete erinnert. C4 wird häufig vom Militär verwendet und gilt als relativ sicher, da weder Feuer, Elektrizität noch Stöße es explodieren lassen.
- Damit der Sprengstoff nicht für Attentate missbraucht wird, werden Substanzen beigemischt, die von Sprengstoffhunden erschnüffelt werden. Außerdem wird C4 mit Metallstaub angereichert, um es mit Metalldetektoren entdecken zu können.
- 200 Kilo C4 entsprechen in etwa dem Volumen einer Euro-Palette voller Cola-Dosen. Es ist um 35 Prozent explosiver als TNT. Die 1945 über Hiroshima abgeworfene Atombombe Little Boy besaß eine Sprengkraft von 13 000 Tonnen TNT.
- C4 ist formbar und explosiver als Dynamit

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 31.08.2022 | S. 10

 Auflage: 29.017 | Reichweite: 74.194

 Martina Rathke

ENERGIEKRISE

Söder bittet in Lubmin um Gas

Bayerns Ministerpräsident (CSU) trifft MV-Landeschefin Manuela Schwesig (SPD). Sein Land hängt an der Infrastruktur im Nordosten.

Erst ein gemeinsames Frühstück im idyllischen Café Seelchen auf Usedom, danach ein Besuch der Gasanlandestation in Lubmin. Im Krisenoutfit mit Jeans und Blouson, vertieft in konzentrierten Small Talk, schlendern Markus Söder (CSU) und Manuela Schwesig (SPD) zu dem Pipelinerohr, durch das im Winter Erdgas auch bis nach Bayern fließen soll. Schwesig legt die Hand aufs Rohr, Söder macht es ihr gleich. Beide reden über Flüssiggas und Wasserstoff. Mehr Harmonie geht nicht.

Der Krieg Putins gegen die Ukraine, die Sorge um die Energieversorgung im Winter schmiedet Allianzen, die bislang undenkbar waren. Nord gegen Süd, Süd gegen Nord? Statt parteipolitischer und regionaler Kleinscharmützel wollen der Bayernchef und Schwesig zusammenarbeiten. „Putin treibt ein Spiel mit uns“, sagt Söder bei seinem Besuch in Lubmin. „In Krisenzeiten muss Krise gemeinsam gemanagt werden“, wischt er Befindlichkeiten weg. Dort, wo die Infrastruktur beginnt, über die russisches Erdgas in das deutsche Netz fließt. Russisches Erdgas, dessen Fluss über die Nord Stream 1 Putin von heute an erneut drosseln möchte. Die Lage sei ernst für Deutschland, sagt Söder. „MV hilft“, kontert Schwesig.

An Bord der „Kleinen Freiheit“, eines Ausflugsdampfers, schippern die beiden Länderchefs auf den Greifswalder Bodden. „Unter einem Himmel in bayrischen Landesfarben, blau-weiß“, rutscht es dem Bayern heraus. Söder sucht Gemeinsamkeiten mit dem Norden - und macht sich Sorgen um den Wirtschaftsstandort Bayern. „Das Schlimmste, was im Winter passieren kann, wären regionale Abschaltungen“, mahnt er. Bayern erhält sein Erdgas aus Lubmin, das über die neuen Bundesländer nach Tschechien bis an die Alpen fließt. „Funktioniert die Wirtschaft in Bayern nicht, hat Deutschland ein Problem.“

Rund 130 Milliarden Kubikmeter Erdgas könnten theo-

retisch von Lubmin aus in das deutsche Gasnetz strömen. Zum Vergleich: Deutschland hat einen Jahresverbrauch von 90 Milliarden Kubikmeter. Mit dem LNG-Terminal, den die Deutsche Regas am 1. Dezember in Lubmin in Betrieb nehmen will, könnten immerhin 4,5 Milliarden Kubikmeter Gas in das Netz gespeist werden.

MV sei „ein starker Standort, um Energie zu verteilen. Wichtig für die Energieversorgung von Deutschland“, ergänzt Schwesig. Bayern will für das Bergamt in MV Personal stellen - Juristen, Verwaltungsexperten -, damit Genehmigungsverfahren beschleunigt bearbeitet werden können und ab Dezember erstes LNG-Gas tatsächlich durch die Leitungen bis nach Bayern strömt.

Und auch Schwesig hat einen Wunsch im Gepäck: In MV zahlen die Endverbraucher, mitverschuldet durch den massiven Ausbau der Windenergie im Norden, mit die höchsten Strom-Netzentgelte. Sie wolle eine Vereinheitlichung, sagt Schwesig. „Es geht darum, dass die, die Netze ausbauen, nicht die höheren Belastungen tragen“. Bislang gehörte Bayern zu den Bundesländern, die den Ausbau der Windkraft bremsen - und dafür mit niedrigen Netzentgelten belohnt wurden.

Der Chef der Deutschen Regas, Stephan Knabe, hört die Ankündigungen Bayerns, die MV-Behörden mit Personal zu unterstützen, gern. „Wir haben ein großes Interesse daran, dass unsere Anträge schnell bearbeitet werden“, sagt er. Die Planungen für das Terminal schritten voran, die Anträge zum Bau seien gestellt und würden innerhalb der kommenden zwei Wochen um die erforderlichen Gutachten ergänzt.

Dass es für Deutschland im Winter kein LNG geben könnte, daran zweifelt Knabe nicht. „Da draußen ist genügend Gas“, sagt er und zeigt Richtung Wasser. Die Kapazitäten des LNG-Terminals in Lubmin seien bereits jetzt um das Dreifache überfragt. Über ein Interes-

sensbekundungsverfahren soll geregelt werden, welche Gashändler und Energiekonzerne das Gas einspeisen und verteilen dürfen, so Knabe.

Im Hafen von Lubmin laufen die vorbereitenden Baumaßnahmen. Am Ende des Hafenbeckens werden Dalben in den Untergrund gerammt, damit das FSRU (schwimmende Regasifizierungsstation) dort verankert werden kann. Das Hafenbecken wird nochmals auf die genehmigte Tiefe von sieben Metern ausgebaggert - Teil einer Unterhaltungsbaggerung. Die Betreiber der Gasübernahmestation, das Unternehmen Gascade, haben inzwischen Aufträge in Höhe von fünf bis sechs Millionen Euro ausgelöst, um eine etwa 450 Meter lange Pipeline vom Hafen bis zum Einspeisepunkt an der Anlandestation zu bauen. Gascade will die Pipeline bis Ende 2022 fertigstellen. Unter Hoch-

druck seien die nötigen Vertrags- und Planungsunterlagen erstellt worden, sagt Projektleiter Stefan Petters. Die Anträge will Gascade in Kürze der zuständigen Genehmigungsbehörde, dem Bergamt Stralsund, übergeben.

Wohin das Gas fließt, entscheiden weder Söder noch Schwesig, sondern die Bundesnetzagentur. Dennoch: Lubmin ist der ideale Ort, um politische Botschaften zu verkünden und die Bundesregierung zu fordern. Berlin müsse „endlich zu Potte kommen“, schimpft Söder. „Die Gasumlage nennt er „handwerklichen Murks“. Schwesig wirbt indessen für den im Land beschlossenen Energiepreisdeckel. Die Inbetriebnahme der Nord Stream 2 bleibt allerdings für beide ein No-Go. Zwei Länderchefs auf der Suche nach Gemeinsamkeiten.

Schwesig und Söder inszenieren sich als Krisenmanager

In der Corona-Pandemie gehörten Markus Söder und Manuela Schwesig zum „Team Vorsicht“. Auch in der aktuellen Energiekrise spielen die beiden in einer Mannschaft – und feilen an ihrem Image.

Lubmin. Markus Söder zögerte kurz, überlegte und traute sich dann doch, den flapsigen Spruch los zu werden. „Was macht jetzt der schwarze Söder bei der, ich darf sagen, roten Schwesig?“, stellte der bayerische Ministerpräsident gestern Mittag im vorpommerschen Lubmin jene Frage, die wohl viele Menschen bewegte.

In der Tat: Ein CSU-Politiker und eine SPD-Politikerin auf gemeinsamer Bootstour auf dem Greifswalder Bodden im äußersten nordöstlichen Zipfel Deutschlands – die Energiekrise müsse länder- und parteiübergreifend bekämpft werden, stellte der schwarze Söder fest. Und die rote Schwesig ergänzte, dass Mecklenburg-Vorpommern und Bayern ein gemeinsames Abkommen unterzeichnet hätten, um den schnellen Bau des ersten Flüssiggas-Terminals in Deutschland zu realisieren.

Dass trotz unterschiedlicher Parteizugehörigkeit und großer geografischer Entfernung die Chemie zwischen den Regierungschef aus dem wirtschaftlich starken Bayern und dem industriepolitisch eher schwachen Mecklenburg-Vorpommern stimmte, zeigte sich schon vor dem offiziellen Termin mit Vertragsunterzeichnung, Pressestatements und Besichtigung der Gas-Anlandestationen in Lubmin.

Söder war per Flieger aus der bayerischen Landeshauptstadt München nach Heringsdorf auf Usedom gejettet – Schwesig war ihm aus dem näheren Schwesig entgegengefahren und gemeinsam traf man sich dann am Dienstagmorgen erstmal zum Frühstück in kleinster Runde.

Passend dazu der Partnerlook: Beide Politiker waren eher hemdsärmelig und burschikos mit blauer Jeans und blauer Windjacke ausgestattet – anpackend, tatkräftig, so die Botschaft. „In dieser Situation mit explodierenden Strom-, Gas- und Benzinpreisen sind Krisenmanager gefragt“, verkündete Söder selbstbe-

wusst. Dass er und Schwesig nach eigener Einschätzung Krise können, klang in den Statements der beiden Machtpolitiker immer wieder durch.

Dass sich auch Politiker immer mal wieder selbst erfinden müssen, versuchen jetzt in der Energiekrise Schwesig und Söder zu beweisen. Die Ministerpräsidentin aus Mecklenburg-Vorpommern kämpft darum, die Blessuren, die sie aufgrund der jahrelang verfehlten Russland-Politik nach Beginn des Krieges in der Ukraine erlitten hat, vergessen zu machen und sich als Managerin der Energiekrise zu inszenieren.

„Nur durch den Bau von Nord Stream 1 und 2 haben wir überhaupt in Mecklenburg-Vorpommern die Infrastruktur geschaffen, um Gas hier anlanden zu lassen und in ganz Deutschland zu verteilen“, berichtete Schwesig genüsslich unter der wärmenden Ostsee-Sonne.

Und Söder, der im letzten Jahr bei der Nominierung des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten scheiterte, wies unmissverständlich darauf hin, dass die Reisen der Bundesregierung nach Katar, Norwegen oder Kanada bisher das Gasproblem in Deutschland nicht gelöst hätten. Motto: Habeck und Scholz jetten durch die Welt – und gehen leer aus. Bayern aber handelt mit Mecklenburg-Vorpommern vor Ort – und schickt sogar Verwaltungsbeamte in den hohen Norden, damit das Genehmigungsverfahren für den LNG-Terminal in Lubmin bis Dezember durch ist.

Und endlich dringend benötigtes Gas in deutsche Haushalte und Unternehmen fließt. „Das ist heute kein bilaterales Abkommen, sondern ein Beitrag zur Energiesicherheit, der deutschlandweit zu spüren sein werde“, so Söder und Schwesig voller Inbrunst. Sagten es – und verabredeten gleich den Gegenbesuch im Süden. Machtpolitiker suchen und finden sich.

📄 Spiegel.de | 30.08.2022 | S. 16:42 Uhr

👤 Gerald Traufetter

🔗 WEBLINK

LÄNGERE LAUFZEIT WEGEN ENERGIEKRISE WAHRSCHEINLICHER

Atomkraftwerke könnten auch 2023 noch am Netz bleiben

Wirtschaftsminister Habeck ebnet offensichtlich den Weg für den Weiterbetrieb der deutschen AKW. Dafür werden die Bedingungen der Stresstests geändert – eine Rolle soll dabei nach SPIEGEL-Informationen der Preiseffekt spielen.

Im Bundeswirtschaftsministerium zeichnet sich ein Kurswechsel bei der Frage ab, ob die drei verbliebenen Atomkraftwerke weiterlaufen sollen. Nach SPIEGEL-Informationen hat das Ministerium von Robert Habeck (Grüne) die Rahmenbedingungen des Stresstests so verändert, dass damit der Weiterbetrieb über das Jahresende hinaus sinnvoll erscheinen dürfte.

Die vier Übertragungsnetzbetreiber, die für den sicheren und stabilen Stromaustausch verantwortlich sind, sollen neben der Versorgungssicherheit auch abschätzen, ob der Weiterbetrieb dabei hilft, die Preise an den Strommärkten zu senken. Derzeit klettern dort die Preise in ungekannte Höhen. Zu erwarten ist, dass es einen kostensenkenden Effekt gibt, auch wenn dieser klein ist.

Brennstäbe sollen bis Juni reichen

Nach SPIEGEL-Informationen stellt man im Bundeswirtschaftsministerium erste Überlegungen für einen Gesetzentwurf, mit dem der Weiterbetrieb rechtlich geregelt würde. Derzeit sieht das Atomausstiegsgesetz das Ende der Stromlieferungen aus den drei Atomkraftwerken am 31.12. dieses Jahres vor. Die Ergebnisse des Stresstests haben die Übertragungsnetzbetreiber bislang noch nicht an das Ministerium übermittelt.

Anfang des Monats hat der Bund bei den drei Betreibern RWE, EnBW und E.ON abgefragt, wie lange die noch vorhandenen Brennstäbe weiter Strom produzieren können. RWE meldete nach SPIEGEL-Informationen, dass ein sogenannter Streckbetrieb des AKW in Lingen mit rund 70 Prozent Leistung bis

April möglich wäre, gleiches gilt für Neckarwestheim. Für das bayerische AKW Isar 2 sollen die Brennstäbe bis Juni reichen. Was das Wirtschaftsministerium nicht bei den Betreibern abgefragt hat, ist, ob sie neue Brennstäbe besorgen können und wie lange das dauert.

Auf Anfrage des SPIEGEL bestritt eine Sprecherin des Bundeswirtschaftsministeriums eine Entscheidung in der AKW-Frage und wollte eine Veränderung des Stresstests-Designs nicht bestätigen. Der Test soll laut Bundeskanzler Olaf Scholz bis spätestens Anfang September fertig sein. Er soll verschiedene Szenarien enthalten, welche Auswirkungen eine Verlängerung der Laufzeiten für den Strommarkt hat. Es liegt dann an Bundeswirtschaftsminister Habeck, welches Szenario er für seine Entscheidung heranzieht.

Die Regierung streitet trotz Energiekrise seit Monaten über eine Verlängerung der Laufzeiten für die noch am Netz befindlichen Atomkraftwerke. Die Grünen hadern mit solch einem Streckbetrieb oder gar damit, bereits stillgelegte AKW wieder ans Netz gehen zu lassen. Auch Minister Habeck hat den Streckbetrieb der AKW bislang unter anderem mit Hinweis auf die Sicherheit abgelehnt.

In der Bevölkerung hat sich angesichts der knapper und teurer werdenden Energie die Haltung zum für Ende 2022 geplanten Atomausstieg inzwischen gewandelt. In der Nähe des Kraftwerks Isar 2 hat man ohnehin weniger Berührungsängste zur Kernenergie, die hier für Arbeitsplätze und gute kommunale Finanzen sorgt.